

Medienmitteilung

Thema	Knappes Ja zur Unternehmenssteuerreform II erfordert Masshalten
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, Tel +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach, 8613 Uster Tel +41 44 701 24 00, email schweiz@grunliberale.ch www.grunliberale.ch
Datum	Sonntag, 24. Februar 2008

Knappes Ja zur Unternehmenssteuerreform II erfordert Masshalten

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben heute ein knappes Ja zur Unternehmenssteuerreform II beschlossen und sind damit der Parole der Grünliberalen gefolgt. Für die glp zeugt das knappe Resultat zum einen von einem tiefen Misstrauen einer starken Minderheit gegenüber Auswüchsen in der Wirtschaft. Zum anderen kann aber auch davon ausgegangen werden, dass das knappe Ja eine Folge der Schlagzeilen der vergangenen Wochen ist. Die Politik und die Wirtschaft sind gefordert, die teilweise unanständigen und für die Öffentlichkeit schwer nachvollziehbaren Bezüge in den Teppichetagen zu begrenzen und Steuerbetrug entschlossen zu bekämpfen. Zudem sind für die glp die Grossbanken zu mehr Umsicht bei spekulativen Geschäften anzuhalten. Ein Nein zur Unternehmenssteuerreform II hätte jedoch die Falschen getroffen. Die Zielgruppe der Unternehmenssteuerreform II, die kleinen und mittleren Unternehmen, können nun steuerlich entlastet und Nachfolgeregelungen steuerlich vereinfacht werden.

Insgesamt wollen die Grünliberalen nun masshalten. Die Schweiz muss sich zwar immer wieder im internationalen Wettbewerb behaupten und dazu auch stets von neuem Reformen anstossen. Es ist jetzt aber nicht der Zeitpunkt für eine generelle Kapitalsteuerreduktion gekommen, welche zu grossen Steuerausfällen führen würde und primär hoch kapitalisierten Grosskonzernen zugute käme. Hingegen sind punktuelle Verbesserungen zu prüfen, um den günstigen Steuerstandort Schweiz weiterhin zu erhalten und die Beziehungen mit der EU zu verbessern.

Hingegen wollen die Grünliberalen, dass nun die gerechte Besteuerung unabhängig vom Zivilstand, eine Vereinfachung des Steuersystems auf allen Ebenen vorangetrieben und insbesondere auch Familien und der Mittelstand gezielt entlastet werden.